Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1949)

Artikel: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht der Präsidialverwaltung

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417396

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1949

Bericht der Präsidialverwaltung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **W. Siegenthaler**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat Dr. **F. Giovanoli**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **F. Giovanoli**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **S. Brawand**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr fanden 3 kantonale und 3 eidgenössische Volksabstimmungen statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen

Am 22. Mai hatte das Bernervolk über 2 Vorlagen abzustimmen. Es lehnte eine Vorlage auf Abänderung der Staatsverfassung im Sinne einer Erhöhung der Finanzkompetenz des Regierungsrates mit 40 562 Ja gegen 73 182 Nein ab, also mit einem Mehr von 32 620 Stimmen. Dagegen nahm es mit 69 379 gegen 45 616 Stimmen, oder mit einem Mehr von 23 763, die Gesetzesvorlage über Betriebsbeiträge an das Inselspital, die Bezirksspitäler und gemeinnützigen Krankenanstalten an. Bei dieser Abstimmung gingen von 242 693 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern 125 591 oder 51,75% an die Urne.

Die zweite kantonale Volksabstimmung fand am 26. Juni statt. Dem Volk wurden 3 Abstimmungsvorlagen zum Entscheid vorgelegt. Es stimmte dem Volksbeschluss über die Aufnahme einer Anleihe von Franken 20 000 000 mit 26 974 gegen 18 593 Stimmen oder mit einem Mehr von 8381 zu. Ebenso nahm es den Gesetzesentwurf betreffend die Abänderung von § 82 des Armen- und Niederlassungsgesetzes vom 28. November 1897 an. Die annehmende Mehrheit von 10 143 Stimmen ergab sich aus 27 658 Ja-Stimmen und 17 515 Nein-Stimmen. Dagegen lehnte das Bernervolk das Volksbegehren der Partei der Arbeit vom 27. November 1948 für die Revision des bernischen Steuergesetzes ab mit 10 279 Ja gegen 35 843 Nein oder mit einem Mehr von 25 564 Stimmen.

Bei dieser Abstimmung gingen von 242 809 stimmberechtigten Bürgern nur 46 753 oder 19,25% an die Urne.

Zum drittenmal wurden die in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten am 11. Dezenber an die Urne gerufen. Sie hatten über den Volksbeschluss betreffend die Krediterteilung für eine 1. Etappe des Ausbaues der Hauptstrassen in den Jahren 1950–59 abzustimmen. Der verlangte Kredit wurde von den Stimmberechtigten bewilligt mit 122 171 Ja gegen 42 208 Nein, also mit einem Mehr von 79 963 Stimmen. 170 873 von insgesamt 244 715 Stimmberechtigten, oder 69,82%, erfüllten ihre Stimmpflicht.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen

Am 22. Mai wurden die stimmberechtigten Schweizerbürger zum Entscheid über 2 eidgenössische Vorlagen an die Urne gerufen, nämlich den Bundesbeschluss über die Revision von Art. 39 der Bundesverfassung betreffend die Schweizerische Nationalbank, und den Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Ergänzung des Bundesgesetzes vom 13. Juni 1928 betreffend Massnahmen gegen die Tuberkulose. Im Kanton Bern wurden beide Vorlagen verworfen. Auf den Bundesbeschluss entfielen 44 176 Ja gegen 69 736 Nein, oder ein verwerfendes Mehr von 25 560 Stimmen, und auf das Gesetz 31 221 Ja gegen 89 409 Nein, also ein ablehnendes Mehr von 58 188 Stimmen.

In eidgenössischen Angelegenheiten waren im Kanton Bern 243 818 Bürger stimmberechtigt, von denen 126 021 oder 51,68 % ihre Stimme abgaben.

Die 2. eidgenössische Abstimmung fand am 11. September statt, und zwar über das Volksbegehren um Aufhebung des Art. 89, Abs. 3, der Bundesverfassung (Dringlichkeitsklausel) und dessen Ersetzung durch einen Art. 89bis. Dieses Volksbegehren wurde im Kanton Bern bei einer sehr geringen Stimmbeteiligung mit 24 140 Ja gegen 25 453 Nein, also mit 1313 Stimmen, verworfen. Es gingen nur 50 438 Bürger von insgesamt 245 252, oder 20,56 %, an die Urne.

Die letzte eidgenössische Abstimmung fand am 11. Dezember statt. Das Bernervolk stimmte mit 96 404 Ja gegen 73 071 Nein, also mit einem Mehr von 23 333 Stimmen, dem Entwurf zu einem Bundesgesetz betreffend Abänderungen des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1927 über das Dienstverhältnis der Bundesbeamten zu. Von 245 790 Stimmberechtigten gingen 171 547 Bürger oder 69,79 % an die Urne.

Volkswahlen

Auf den 22. Mai wurde eine Ersatzwahl in den Regierungsrat angeordnet, weil Regierungsrat H. Stähli zum Präsidenten des Bankrates der Kantonalbank gewählt wurde. An dessen Stelle wurde in den Regierungsrat mit 50 248 von 52 368 in Berechnung fallenden Stimmen Nationalrat Dewet Buri, Landwirt in Etzelkofen, gewählt.

Vertretung des Kantons in der Bundesversammlung

Am 16. November wurden vom Grossen Rat als Vertreter des Standes Bern in den Ständerat für die Amtsperiode vom 1. Dezember 1949 bis 30. November 1950 wiedergewählt: Rudolf Weber, Landwirt in Grasswil, und Regierungsrat Georges Moeckli in Bern.

Grosser Rat

Es fanden im Berichtsjahr 5 Sessionen mit zusammen 46 Sitzungen statt, davon 2 ausserordentliche im Februar/März und Oktober.

Als Grossratspräsident amtete bis 31. Mai Hans Hofer, Käser in Spins/Aarberg.

Für 1949/50 wurden gewählt: als Grossratspräsident Dr. Ernst Steinmann, Verbandspräs. in Bern; als Vize-Präsidenten Walter Stünzi, städtischer Fürsorgeverwalter in Thun, und Otto Steiger, Gemeinderat in Bern.

Für den auf Ende des Jahres 1948 zurückgetretenen Alfred Gasser, Schwarzenburg, wurde durch die Listenunterzeichner Gottfried Loretan, Schmiedmeister in Mamishaus/Schwarzenburg, vorgeschlagen und gewählt erklärt. Im Laufe des Jahres traten folgende Mitglieder aus dem Rat: Dewet Buri, Etzelkofen, infolge seiner Wahl in den Regierungsrat; A. Blatter, Bremgarten, und E. Affolter, Münsingen. An deren Stelle rückten in den Rat nach: Paul Messer, Iffwil; Werner Kästli, Ostermundigen, und Emil König, Grosshöchstetten. An Stelle des verstorbenen Christian Zürcher in Dürsrüti/Langnau rückte in den Rat nach: Fritz Riedwil, Röthenbach.

In der Staatswirtschaftskommission trat als Mitglied zurück: Otto Häberli, Moospinte, Münchenbuchsee; er wurde ersetzt durch Dr. Willy Aebi, Burgdorf.

Der Rücktritt von E. Affolter machte auch eine Ersatzwahl in die Justizkommission notwendig. Gewählt wurde Fritz Anliker, Langenthal.

Den aus dem Rat Zurückgetretenen sei auch an dieser Stelle für ihre Arbeit im Dienste des Bernervolkes der Dank ausgesprochen.

Der Grosse Rat hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr auch verschiedene Ersatz- und Neuwahlen zu treffen. In die Rekurskommission wurde an Stelle des verstorbenen Grossrats Chr. Zürcher, Dürsrüti, Grossrat Chr. Wüthrich in Trub gewählt. Ferner wurde für eine neue 4jährige Amtsdauer das kantonale Verwaltungsgericht wiedergewählt, mit Präsident Ch. Halbeisen an der Spitze. In der Pferdezuchtkommission wurden 3 Mitglieder, deren Amtsdauer abgelaufen war, wiedergewählt, während in die Rindvieh- und Kleinviehzucht-Kommissionen wegen Ablaufes der 6jährigen Amtsdauer je 3 neue Mitglieder zu wählen waren. Infolge des tragischen Todes von Prof. Dr. rer. pol. Richard König war auch die Stelle des Präsidenten des Bankrates der Kantonalbank neu zu besetzen. Als Nachfolger wurde Regierungsrat H. Stähli, Bern, gewählt. In der Aufsichtskommission der Kantonalbank war das zurücktretende Mitglied Regierungsrat Dewet Buri zu ersetzen. Der Grosse Rat bestimmte als seinen Nachfolger Ernst Lanz, Grossrat in Steffisburg.

Generalprokurator Dr. M. Waiblinger wurde zum Professor für Strafrecht und Strafprozess an der Universität Bern gewählt, so dass auch diese Stelle neu zu besetzen war. Der bisherige stellvertretende Generalprokurator, Dr. Hans Gautschi, wurde vom Grossen Rat zum Generalprokurator erkoren, und an dessen Stelle wählte das Obergericht Dr. W. Loosli, bisher Bezirksprokurator des Seelandes.

Schliesslich hatte der Rat noch einige Ersatzwahlen vorzunehmen für verstorbene und zurückgetretene kaufmännische Mitglieder des Handelsgerichtes.

Am 22. Februar besuchte Feldmarschall Viscount Montgomery of El Alamain die Bundesstadt. Er wohnte von der Pressetribüne aus auch einer Grossratssitzung bei. Der damalige Vizepräsident, Dr. E. Steinmann, begrüsste den Gast im Namen des Grossen Rates in englischer Sprache.

Im Laufe des Berichtsjahres führte der Grosse Rat in corpore 2 Besichtigungen durch, nämlich am 13. September der kantonal-bernischen Ausstellung «KABA» in Thun, und am 17. November der neu erstellten Bernischen Heilstätte Bellevue in Montana.

Folgende wichtigere Geschäfte wurden behandelt:

1. Gesetze

Abänderung von § 82 des ANG, 1. und 2. Beratung.
Gesetze über das Gesundheitswesen und über die Nutzung des Wassers, 1. Beratung.

2. Verfassungsänderungen

In 2. Beratung verabschiedete der Grosse Rat ferner einen Antrag auf Revision der Staatsverfassung bezüglich der Erhöhung der Finanzkompetenzen des Regierungsrates. Ferner erfolgte im Berichtsjahr auch die 1. Beratung der Anträge des Regierungsrates betreffend Verfassungsrevision über die Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil.

3. Dekrete

Errichtung einer Bergbauernschule in Hondrich.
Ausrichtung ausserordentlicher Staatsbeiträge an Gemeinden, die durch ihre Armenausgaben besonders belastet sind.
Besteuerung der Motorfahrzeuge; Verlängerung der Geltungsdauer.
Errichtung einer Holzfachschule in Biel.
Obligatorische Krankenversicherung für das Staatspersonal.
Organisation des Regierungsstatthalteramtes und Richteramtes Signau und Wangen.
Steuerteilung unter bernischen Gemeinden.
Teuerungszulagen für das Jahr 1950 an das Staatspersonal, die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen sowie an die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse.
Ausscheidungen von Schutzwaldungen.
Bildungsanstalten für Mittelschullehrer.
Einbeziehung der erhöhten Besoldungen der Lehrerschaft in die Versicherung.
Festsetzung der Teuerungszulagen für die Rentenbezüger der Lehrerversicherungskasse im Jahr 1949.
Umschreibung der christkatholischen Kirchgemeinden im Kanton Bern.

4. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahr 1948 war im Berichtsjahr noch eine Motion zu behandeln, zu welcher 20 weitere Motionen eingereicht wurden. Von diesen 21 Motionen wurden im Berichtsjahr 14 erledigt. Die verbleibenden 7 kamen alle noch in der ausserordentlichen Januarsession 1950 zur Behandlung.

Im Berichtsjahr waren ferner 7 noch aus dem Jahr 1948 hängige und 38 neu eingereichte Postulate zu behandeln. Von diesen 45 Postulaten wurden durch Rückzug 3 erledigt, während 33 im Rat behandelt wurden. Neun wurden auf das nächste Geschäftsjahr verschoben und sind noch alle im Laufe der 26. Legislaturperiode 1946–50 behandelt worden.

Der Regierungsrat beantwortete ferner 28 Interpellationen, während 2 weitere durch Rückzug erledigt wurden.

Schliesslich wurden 37 Einfache Anfragen beantwortet.

5. Andere Geschäfte

Neben der Behandlung des Verwaltungsberichtes, der Staatsrechung und des Voranschlages sind noch folgende Geschäfte zu erwähnen:
Aufnahme einer Anleihe von 20 Millionen Franken.
Konversion von Anleihen.
Volksbehren vom 27. November 1948 für die Revision des bernischen Steuergesetzes.
Revision des Gesetzes über die Strassenpolizei und die Besteuerung der Motorfahrzeuge.
Kreditgewährung zum Wiederaufbau der Verwahrungsanstalt auf der Staatsdomäne Thorberg.
Staatsbeitrag für die Wasserversorgung der Haute Ajoie.
Einführung einer obligatorischen Unfallversicherung für das Staatspersonal und Neuordnung der Unfallfonds.
Beteiligung der BKW bei den Maggia-Kraftwerken AG.
Sitzfrage betreffend Haushaltungslehrerinnenseminar.
Dürrehilfe 1949.
Neubau eines Schwestern- und Personalhauses der Heil- und Pflegeanstalt Bellelay; Kreditgewährung.

Regierungsrat

Als Regierungspräsident amtete vom 1. Januar bis 31. Mai der Direktor der Finanzen und Domänen, Regierungsrat W. Siegenthaler. Am 1. Juni übernahm Vizepräsident Dr. F. Giovanoli, Direktor des Gemeindewesens und der Sanität, das Präsidium, während als Vizepräsident gewählt wurde Regierungsrat S. Brawand, Direktor der Bauten und Eisenbahnen.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 115 Sitzungen ab und behandelte 7316 Geschäfte. Die Geschäftslast hielt sich ungefähr im Rahmen des Vorjahres.

Auf den 30. April trat Regierungsrat H. Stähli, der Direktor der Landwirtschaft und der Forsten von seinem Amte zurück. Er wurde vom Grossen Rat als Präsident des Bankrates der Kantonalbank gewählt. Der Scheidende nahm am 29. April zum letztenmal an einer Regierungsratssitzung teil. Regierungsrat H. Stähli begann seine Tätigkeit in der bernischen Verwaltung im Jahre 1913 als Lehrer an der Landwirtschaftsschule in Schwand, in welcher Stelle er bis 1915 tätig war. Darauf verliess er den Staatsdienst und kehrte im Jahre 1931 infolge seiner Wahl zum Regierungsrat dorthin zurück. Während seiner ganzen Tätigkeit in der vollziehenden Behörde stund er den Direktionen der Landwirtschaft und der Forsten vor. Ferner war er vom Jahre 1939 bis 1945 Stellvertreter des Militärdirektors und übernahm zusätzlich diese Direktion vom 1. Juni 1945 an. Bis zu seinem Rücktritt stund er somit 3 Direktionen vor. Regierungsrat H. Stähli dient dem Bernervolk auch als Mitglied des Nationalrates, in welche Behörde er im Jahre 1919 gewählt wurde, und deren

Präsident er war. Ferner gehört er dem Verwaltungsrat der Zuckerfabrik Aarberg an, dessen Präsidium er nach dem Rücktritt von alt Regierungsrat Dr. C. Moser übernahm. Grosse Verdienste erwarb sich der Zurücktretende auch als Vorstandsmitglied der Bauernhilfskasse, wobei er sich intensiv mit der Sanierung verschuldeter landwirtschaftlicher Betriebe beschäftigte.

Den Regierungsrat präsidierte der Zurücktretende in den Jahren 1933/34 und 1945/46.

Während seiner Amtstätigkeit hat Regierungsrat H. Stähli folgende wichtige Gesetzesvorlagen vorbereitet:
Volksbegehren für die Regelung des Fischereigesetzes.
Gesetz über die Fischerei.
Gesetz über die Hebung der Fischerei.
Gesetz über die Viehversicherung.
Volksbeschluss über die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Milderung der Notlage in den Trockengebieten und zur Sicherung der Milch- und Fleischversorgung.
EG. zum BG vom 12. Dezember 1940 über die Entschuldung landwirtschaftlicher Heimwesen.

Eine grosse Arbeit leistete der Zurücktretende auch für die Sanierung und Entschuldung landwirtschaftlicher Betriebe und während der Kriegszeit für Meliorationen und Güterzusammenlegungen.

Anlässlich seines Rücktrittes aus dem Rate dankte ihm Regierungspräsident W. Siegenthaler für seine erfolgreiche Tätigkeit zugunsten des Bernervolkes.

Der am 22. Mai zum Regierungsrat gewählte Dewet Buri trat sein Amt am 1. Juni an und nahm am 3. Juni erstmals an einer Sitzung des Regierungsrates teil, wo er vom Regierungspräsidenten Dr. Giovanoli begrüsst wurde.

Infolge des Rücktrittes von Regierungsrat H. Stähli musste der Grosse Rat die Organisationen und Zuteilung der Direktionen, sowie die Stellvertretung von deren Vorstehern neu ordnen. Die Direktion des Militärs wurde von den Direktionen der Landwirtschaft und der Forsten abgezweigt und neu der Direktion der Volkswirtschaft, unter Regierungsrat Dr. M. Gafner, zugeteilt. Es wurden Stellvertreter: Regierungsrat W. Siegenthaler für die Militärdirektion, Regierungsrat Dr. V. Moine für die Direktion des Erziehungswesens und des Kirchenwesens und Regierungsrat Dewet Buri für die Direktion der Sanität und des Gemeindewesens.

Am 2. Februar wurde an die Mitglieder des Grossen Rates, an alle Gemeinden des Kantons und weitere Interessenten der Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat über die Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil, versandt. Dieser Bericht wurde vorerst in einer vorberatenden Kommission des Grossen Rates behandelt und in einer Extrasession des Grossen Rates in der Zeit vom 7. bis 10. März einmütig angenommen. Die Anträge des Regierungsrates zu diesem Bericht wurden als Postulate behandelt. Nach ihrer Annahme durch den Grossen Rat überwies sie der Regierungsrat den einzelnen zuständigen Direktionen zum Vollzug. Soweit eine Verfassungsänderung sich als notwendig erwies, wurde die Justizdirektion mit der Ausarbeitung der entsprechenden Anträge an den Grossen Rat beauftragt. Der Antrag der Justizdirektion und des Regierungsrates betreffend die Verfassungsänderungen wurde vom Grossen Rat in der ordentlichen Herbstsession 1949 in erster Lesung und in einer ausserordentlichen Januarsession 1950 in zweiter Lesung behandelt. Die Volksabstimmung findet im Jahre 1950 statt.

Bezirksbeamte

Im Bestand der Bezirksbeamten traten in folgenden Amtsbezirken Änderungen ein:

Burgdorf: An Stelle des verstorbenen Betreibungs- und Konkursbeamten Friedr. Michel wurde im 2. Wahlgang gewählt Fred Keusen, bisher Kanzleisekretär der Steuerveranlagungsbehörde in Burgdorf.

Moutier: Als Betreibungs- und Konkursbeamter trat zurück Gustave Busson. An dessen Stelle wurde in stiller Wahl gewählt Maurice Beuret, bisher Substitut des Betreibungs- und Konkursamtes in Moutier.

Signau: Durch Dekret des Grossen Rates vom 23. Februar wurde das Regierungsstatthalter- und Richteramt von Signau neu organisiert. Die bisher vereinigten Amtsstellen wurden getrennt. Der bisherige Inhaber dieser beiden Ämter, W. Baumgartner, entschied sich für die Beibehaltung des Regierungsstatthalteramtes. Es wurde somit eine Neuwahl für die Stelle des Gerichtspräsidenten notwendig. Als solcher wurde in stiller Wahl gewählt: Kurt Hess, Fürsprecher, bisher Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamter des Amtsbezirkes Signau. An dessen Stelle wurde dann im öffentlichen Wahlgang gewählt: Hans Maybach, Fürsprecher und Notar in Langnau.

Amtsrichter

Im Bestande der Amtsrichter traten im Berichtsjahr folgende Änderungen ein:

Nidau: Rücktritt Fritz Nyffenegger, Wahl Alexander Küng-Spreng, Werkstättearbeiter, Aegerten.

Oberhasli: Hinschied Christian Zumbrunn. Die Ersatzwahl fällt in das Jahr 1950.

Signau: Rücktritt Christian Sommer, Wahl Jakob Rentsch, Landwirt, Trubschachen/Krümpel.

Thun: Hinschied Rud. Jenni, Wahl Hans Graf, Kaufmann, Thun.

Niedersimmental: Hinschied Adolf Krebs, Wahl Johann Jakob Wampfler, Viehzüchter, Schwenden/Diemtigen.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

In folgenden Amtsbezirken traten Änderungen ein:

Bern: Rücktritt Traugott Karrer, Wahl Hans Tanner, Spezierer, Bern.

Niedersimmental: An Stelle des zum Amtsrichter gewählten Johann Jakob Wampfler wird im Jahre 1950 eine Ersatzwahl notwendig werden.

Thun: Rücktritt Emil Haueter, Wahl Christian von Allmen, Zimmermann in Steffisburg.

Alle Bezirksbeamten, Amtsrichter und Amtsgerichts-Ersatzmänner konnten im stillen Wahlgang als gewählt erklärt werden. Der öffentliche Wahlgang war lediglich nötig für die Stelle des Betreibungs- und Konkursbeamten im Amte Burgdorf und für die Stelle des Gerichtsschreibers/Betreibungs- und Konkursbeamten im Amtsbezirk Signau.

Staatskanzlei

Der Geschäftsgang der Staatskanzlei war auch im Berichtsjahr sehr rege. Darüber geben folgende Zahlen Aufschluss:

An die Direktionen überwiesene Eingänge: 3532 (Vorjahr 3268).

Überweisungen an den Grossen Rat: 372 (264).

Drucksachenbestellungen, Verkaufssumme Fr. 81 731.81 (86 860.25).

Beglaubigung von 29 532 (30 669) Unterschriften, für welche Fr. 34 302.95 (Fr. 35 955.80) Gebühren verrechnet wurden; davon wurden vom Regierungsstatthalteramt oder von Gemeinden Fr. 24 320.— belegt, vom Legalisationsburau oder durch Barverkauf Fr. 9982.95.

Im Anweisungsverkehr wurden 2329 Geschäfte erledigt, die einen Ertrag von Fr. 193 720.90 ergaben oder Fr. 21 901.95 mehr als im Vorjahr.

Die französische Abteilung besorgte 3446 Geschäfte, davon 1036 des Regierungsrates. Zu dieser Arbeit kamen noch die vielen Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Im Berichtsjahr erschien der Registerband der deutschen revidierten Gesetzessammlung.

Von der französischen revidierten Gesetzessammlung erschienen Band I (1815–1900) und II (1910–1916). Die restlichen Bände erscheinen anfangs 1950.

Im Personalbestand der Staatskanzlei trat eine wichtige Änderung ein. Auf den 31. März hat der Stellvertreter des Staatsschreibers, zugleich Vorsteher der französischen Abteilung der Staatskanzlei, Herr Hubert, seinen Rücktritt erklärt. Der Zurücktretende ist am 1. August 1908 in den Staatsdienst eingetreten als Angestellter der französischen Abteilung und wurde 1916 als deren Vorsteher gewählt. Vom September 1916 an war er auch Übersetzer im Grossen Rat. Seit dieser Zeit hielt der Grosse Rat insgesamt 1187 Sitzungen ab, von welchen der Zurücktretende nicht eine einzige fehlte. Herr Hubert hat während beinahe 41 Jahren der bernischen Verwaltung grosse Dienste geleistet, für welche ihm auch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen sein soll.

An Stelle des Herrn Hubert wurde gewählt Hans Hof, Fürsprecher in Delsberg. Gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 9. März wurde die bisherige Stelle eines Stellvertreters des Staatsschreibers, zugleich Vorsteher der französischen Abteilung, neu umschrieben und deren Inhaber zum Vize-Staatsschreiber befördert.

Im Berichtsjahre wurde der Staatskanzlei zur Abstempelung eingereicht ein Volksbegehren betreffend die Ausübung der chiropraktischen Heilmethode im Kanton Bern.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratssaal insgesamt 99 Sitzungen abgehalten. Überdies wurden die Kommissionszimmer von den Direktionen für 292 Sitzungen beansprucht, zu welchen noch 44 Kommissionssitzungen des Grossen Rates kommen. Soweit es sich bei der Benützung des Grossratssaales und der Kommissionszimmer nicht um amtliche Anlässe handelte, wurden zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben. Diese erreichten im Berichtsjahre einen Betrag von Fr. 6219.90. Auf Anmeldung hin wurden in unserem Rathaus 253 Besuche durchgeführt, an welchen rund 4900 Personen teilnahmen. Von diesen Besuchen entfielen ungefähr die Hälfte auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs

I. Benutzung

Das Staatsarchiv wurde von 356 Personen mit 2940 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 878 mündlich und 1039 schriftlich erteilt.

II. Zuwachs

Von der Verwaltung wurden an Akten abgeliefert: Vom Fürsorgeinspektorat: Akten von 1919 bis 1936; vom Richteramt Bern: korrektionelle Urteile von 1913 bis 1918; von der Amtsschreiberei Bern: amtliche Güterverzeichnisse; von 1798 bis 1831 und Untergerichtsprotokolle 1803–1846; und von der Zentralstelle für Kriegswirtschaft ihre Erlasse, Kreisschreiben und Mitteilungen.

Die Bibliothek vermehrte sich um 589 Bände, 1034 Broschüren und 100 Einzelblätter.

Unter den Geschenken ist besonders hervorzuheben: Eine 342 Nummern enthaltende Gruppe von Urkunden und Akten der Sammlung *Auguste Quiquerez*, welche Madame *Lehmann-Amweg* in dankenswerter Weise dem Staatsarchiv als Ergänzung der Abteilung des ehemals fürstbischöflich-baslerischen Archivs geschenkt hat. Ferner hat Herr *Adolf Bachmann*, Oberdorf, Egg/Zch., dem Hallwylarchiv einige Urkunden und Akten geschenkweise überlassen.

Als Leihgabe hat Herr Hauptmann *Räuber-von Steiger* Schriften aus dem Nachlass des Schultheissen *N. F. von Steiger* hinterlegt. Die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte hat eine Sammlung von Clichés zum Werk «Kunstdenkmäler des Kantons Bern» im Staatsarchiv deponiert.

III. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (vor 1831) wurde die Urkundenrevision fortgesetzt. Es wurden gereinigt, neu verpackt und neu registriert die Urkunden der Fächer Bern Stift 1480–1859, Interlakenhaus, St. Johannserhaus, Frienisberghaus, Köniz, Gross Kornmagazin, Bauamt, Biel, Büren und Burgdorf bis 1500.

In der neuen Abteilung wurde die Neuaufstellung und Signierung der Abteilung Primarschulen, Allgemeines, mit den Untergruppen Gesetzgebung, Schulaufsicht, innere Organisation, Lehrerschaft, Finanzen, Bundessubvention und Lehrmittel durchgeführt und die Neuaufstellung der umfangreichen Gruppe Primarschulen sowie deren Signierung beendet.

Für die Kommission für die jurassischen Angelegenheiten wurde eine besondere Sammlung von Zeitungsnummern und -ausschnitten erstellt.

Die Bearbeitung umfangreicher vermischter Rückstände aus der Zeit vor 1937 wurde in Angriff genommen und in einer ersten Sichtung das Material nach Materien und Gruppen aufgeteilt.

IV. Inventare und Register

In der alten Abteilung wurde die Anlage von Personen-, Orts- und Materienregistern der Ämterbücher begonnen. Im Berichtsjahr wurden die Ämter Ober- und Niedersimmental, Brandis, Signau und Trachselwald bearbeitet. Das Ortsregister mit Nachweisen über Bauten in den Seckelmeisterrechnungen von 1500 bis 1798 wurde abgeschlossen, ebenso ein Register über die Manuale des Sanitätsrats von 1803 bis 1831.

In der neuen Abteilung ist das Gesamtregister über das Tagblatt des Grossen Rates von 1861 bis 1899 abgeschlossen und der Benützung zugeführt worden. Vom Gesamtregister 1900 bis 1949 sind die Registerzettel bis 1925 erstellt.

In Angriff genommen wurden ferner ein Wappenverzeichnis nach Emblemen und eine Kartothek über Bilder, Ansichten und Pläne der Stadt Bern. Weitergeführt wurden die laufenden Sachkarteien der Sammlung der Gutachten, der Gesetze und Verordnungen, der Bibliothek und der Bundchronik.

V. Führungen und Ausstellungen

Mit Ausstellungen verbundene Führungen im Archiv fanden statt für die Klassen IIa und IIb des Oberseminars und Klasse II des Seminars Muristalden, für die Seminarklassen IVa und IVb Monbijou, für die Amtssektionen Signau und Trachselwald des bernischen Lehrervereins, für den Bildungskurs für Bauerntöchter und für 2 Gruppen von mennonistischen Studenten aus den USA., die letztern besonders über Täufergeschichte.

An der Feier 1000 Jahre Köniz beteiligte sich das Staatsarchiv, neben Festvortrag und Beratung für den Umzug, durch eine grössere Ausstellung von Dokumenten und Plänen. An der Ausstellung in St-Imier, anlässlich der Hundertjahrfeier der dortigen Sektion der Emulation, war das Staatsarchiv mit einer Anzahl Urkunden aus der ehemals fürstbischöflich-baslerischen Abteilung vertreten.

VI. Wissenschaftliche Arbeiten, Gutachten, Berichte

Die Arbeiten am Register des Bandes X der Fontes rerum bernensium wurden vom Adjunkten fortgesetzt. Der kantonalen Polizeidirektion wurde ein Gutachten über die geplante Mikrofilmaufnahme aller bernischen Kirchenbücher und weiterer genealogischer Quellen durch die Genealogical Society of Utah (Mormonen) unterbreitet.

VII. Bezirks- und Gemeindearchive

Zum Beraten und teils zwecks Besichtigung wurden besucht: die Bezirksarchive von Wimmis und Langnau und die Gemeindearchive von Gondiswil, Kirchlindach, Langnau, Les Bois, Les Breuleux, Péry, Safnern und Sonceboz.

VIII. Ehemaliges fürstbischöfliches-baslerisches Archiv

Durch Beschluss des Grossen Rates vom 9. März 1949 wurde die Rückverlegung des ehemals bischöflich-baslerischen Archivs nach Pruntrut bestimmt. Die Rückverlegung kann erfolgen, wenn die notwendigen Unterkunftsräume zur Verfügung stehen. Bearbeitet wurden im Berichtsjahr die beiden Abteilungen St-Ursanne, Eglise Collégiale und St-Ursanne, Baillage et prévôté.

IX. Hallwylarchiv

Der Hallwylfonds betrug am 1. Januar 1949 Franken 13 598.60. Er beträgt am 31. Dezember 1949 Fr. 14 006.10. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 440.10. Aus den Zinseinnahmen wurden in bescheidenem Umfang Werke über Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

Bern, den 31. Mai 1950.

Der Regierungspräsident:
Giovanoli

Vom Regierungsrat genehmigt am 14. Juli 1950

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider**